

# Der Gesellschafter.

Amts- und Anzeige-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

93. Jahrgang.

Angaben über die einpalt. Beile und geröchl. Schrift oder deren Raum bei einem Strichung 16 Wg. bei mehrmaligen Nachdruck.

Verleger Dr. W. Schönbauer, Nagold.

Verlag des Verlegers  
mit Anzeigen für  
Wohn- und Besten.  
Preis 10-Km-Bestell  
1914, 2.70, im Verlags-  
10-Km-Bestell  
1914, 2.70, im Verlags-  
Nagold, 2.80  
Verlags-Abrechnung  
nach Bestellen

№ 122

Freitag, den 30. Mai

1919.

## Verätherische Treibereien.

Die „Frankf. Ztg.“ schreibt: Die Vorkämpfer des Gedankens einer rheinischen Republik, die Zentrumsabgeordneten Kasperl und Ruchhoff und der Redakteur der „Rheinischen Volkszeitung“, Vater Froberg, haben mit zwei weiteren Herren aus Aachen und Wiesbaden vor wenigen Tagen den französischen General Mangin in Mainz aufgesucht und mit ihm eine politische Konferenz gehabt. Die „Rheinische Volkszeitung“ muß es am Sonntag befehlen und sucht ihre Freunde mit folgender Bitte zu decken:

Die Hauptsache ist, daß in dem gegenwärtigen Augenblicke von Politikern, einerlei welcher Partei sie angehören, nichts ohne Vorwissen der Reichsregierung geschieht. Und in dieser Hinsicht können wir hier feststellen, daß die genannten Herren sowohl vor ihrer Besprechung mit dem französischen General die Reichsregierung von ihrem Schritte in Kenntnis gesetzt haben, als auch nachher der Berliner Regierung und unserer Friedensdelegation in Versailles genaue Bericht über die Verhandlungen in Mainz erstattet haben. Wenn die Reichsregierung damit einverstanden war, kann es die „Rheinische Zeitung“ wohl auch sein.

Diese Bemerkungen sind sehr zweideutig. Sie stellen fest, daß die Zentrumsherren der Reichsregierung ihren Schritt vorher mitgeteilt haben, und sie deuten an, daß die Reichsregierung damit einverstanden war. Dieser Andeutung können wir vorerst keinen Glauben schenken. Wir können uns nicht vorstellen, daß die Regierung dies so zweifelhafte Sonderblätter die Genehmigung erteilt habe, mit dem Vertreter einer feindlichen Macht in Verbindung zu treten. Wir fordern die Reichsregierung auf, unverzüglich dem deutschen Volke mitzuteilen, ob jene Andeutung der „R. V.“ den Tatsachen entspricht. Wir fordern sie weiter auf, dem erwähnten Bericht über die Besprechung in Mainz sofort der Öffentlichkeit vorzulegen.

Die ganze Tragweite dieser Sache ergibt sich aus einem Artikel, den die „Rheinische Volkszeitung“ in aufschlagender Form mit starkem Durchschlag an der Spitze des Blattes am Sonntag Abend veröffentlicht: Klage, daß ihre frühere Propaganda für einen rheinischen Freistaat ohne Erfolg geblieben sei. „Appell an die Abgeordneten der Landesparlamente, in letzter Stunde“ allen Forderungen gegenüber die Interessen des rheinischen Volkes zu vertreten.

„Mögen unsere Volkstretter sich des Ernstes der Stunde bewußt sein und furchtlos und entschlossen, durch parteipolitische Ermüdungen unbeeinträchtigt nur die Zukunft der Länder am Rhein im Auge behaltend, die politische Vertretung der rheinischen Interessen in solcher Weise wahrnehmen, daß sie nachher nicht das vernichtende Urteil jener treffen möge, die sich im Stich gelassen haben mußten, und damit nicht Erneuerliche angetreten, die für unsere Freiheit und unser Wohl ein Unheil bedeuten.“

Hi hier mit einem Worte von unserem deutschen Vaterlande die Rede? Nein! Die Interessen des rheinischen Volkes sollen vertreten werden und zwar allen Instanzen gegenüber. Und nur die Zukunft der Länder am Rhein sollen die Volkstretter im Auge behalten. Dieses Kölner Zentrumsblatt beherrscht die deutsche Sprache mit Bellenbung. Es weiß, was es sagt. Und wenn es an Deutschland dachte, dann würde es klar und deutlich nur von den Ländern am Rhein sprechen. Wir wissen seit einiger Zeit, daß die führenden Zentrumsleute sowie die Finanzleute, die f. A. gemeinsam die westdeutsche oder die rheinische Republik zu machen versuchten, nur aus Vorsicht eine Zeit lang zurücktraten, daß sie sich vorbereiteten, nach Bekanntgabe der Friedensbedingungen ihre Treiben wieder aufzunehmen. Hier ist der Dommkniebel, der das Zeiher zum Sturzlauf gibt!

Wir folgen die Artikel zweier anderer Zentrumsblätter an, auf die in der „Rhein. Ztg.“ aufmerksam gemacht wird. Des „Echo der Gegenwart“ in Aachen schreibt in einem längeren Artikel über die rheinische Republik:

„Daß wir leicht in der Öffentlichkeit eine gewisse Zurückhaltung beobachteten, beruht darauf, daß eine große Sache ihrer Reife entgegensteht. In rastloser Arbeit hat der höchste Ausschuss zur Errichtung einer rheinischen Republik im Rahmen des Deutschen Reiches den Gedanken einer Selbstständigkeit der Rheinlande verfolgt. Er hat, nachdem ihm auch die Prüfung der Kölner Interessen übertragen worden war, mit den Ausschüssen in Bonn, Koblenz, Trier und besonders auch mit den Ausschüssen von Mainz, Wiesbaden und der Pfalz Fühlung genommen. Sogar am Niederrhein wurde das Interesse wachgerufen, und

jenfalls des Rheins Boden für die Bewegung gewonnen. Nachdem so Einmütigkeit nicht nur im besetzten Gebiet, sondern auch reichsweit festgestellt wurde, hielt man in Aachen den Zeitpunkt für gekommen, die einzelnen Ausschüsse zu aktiver Arbeit zusammenzuführen. Es haben daraufhin verbindliche Ausprüche in Aachen, Köln, Koblenz, Wiesbaden und Mainz stattgefunden. Den in Frage kommenden öffentlichen Stellen ist kein Hehl über unsere Absichten und Pläne gelassen worden. Wir stehen nun da, daß wir endlich sagen können: Unsere Arbeit wird Erfolg haben. Die nächsten Tage werden Gemüthsruhe geben. Nähere Einzelheiten zu bringen, verlangen wir uns heute noch. Nur das eine sei hervorgehoben, daß das Rheinland wichtige Reservate für sich beansprucht, um seine wirtschaftliche Zukunft sicherzustellen und Einfluß auf die Gestaltung unserer Beziehungen zum Auslande zu gewinnen.“

Gleichzeitig versucht in dem anderen Aachener Zentrumsblatt, dem „Volksfreund“ ein „angesehener rheinischer Politiker“ die Vorteile einer Annäherung nach dem Westen, Vorteile „für die Friedenssicherung“ wie „Gegengewichtsvorteile“, den Rheinländern schmachtlich zu machen.

Denken die Herren immer noch an einen harmlosen Gliedstaat im Rahmen des Reiches? Was bedeutet dann die Annäherung nach dem Westen? Was sollen die „Referatsrechte“ und „Einfluß auf unsere Beziehungen zum Auslande“? Was ginge die innere Gestaltung des Deutschen Reiches den General Mangin an? Nein, die Herren fallen. Es enthalten sich hier verätherische Treibereien, die für unser ganze deutsches Rheinland die höchste Gefahr bedeuten.

Unsere Landolente am Rhein dürfen nur mit größter Zurückhaltung und, wo französische Besetzung liegt, überhaupt nicht reden. Unsere Sache ist es, für sie das Wort zu führen. Sache der Reichsregierung ist, für die Freiheit der Rheinlande Sorge zu tragen. Wir erwarten insbesondere, daß die erwähnten Fragen, die wir oben gestellt haben, unverzüglich von der Reichsregierung beantwortet werden.

## Die Friedensbedingungen.

Verailles, 27. Mai. Die als Wilsons Organ geltende Pariser Ausgabe der „Chicago Tribune“ veröffentlicht heute einen nicht ganz durchsichtigen Memorandum, der den Beweis liefert, daß starke imperialistische Kräfte in Frankreich und England an der Arbeit sind, um den letzten Widerstand der besonnenen Amerikaner gegen die Gewaltpolitik Lloyd Georges und Clemenceaus zu brechen. Das Blatt behauptet, Amerika habe keine Freunde mehr in Europa; denn überall erglöhne sich Schwierigkeiten zum Schaden Amerikas. Besonders auffällig sei es, daß Frankreich, Japan und England China aufstellen wollten, daß man die reaktionäre Regierung Kutschaka in Frankreich stützen wolle und daß man vor allen Dingen den Beschluß gefaßt habe, den Friedensvertrag mit Deutschland für gültig zu erklären, wenn nur 3 Grundzüge der Entente zugunimmt hätten. Das alles demütigt die „Chicago Tribune“. So demütigt sie aber in keiner Weise, daß die Londoner und Pariser Presse von Deutschland einen Vertrag erzwingen will durch die Drohung, wenn er nicht unterzeichnet würde, würden deutsche Städte Log und Nachz durch Luftschwerer bombardiert, die Blockade enger gezogen, die Neutralen vergewaltigt und das deutsche Volk dem Hungertriebe preisgegeben. Man versteht unter diesen Umständen den Notruf der Amerikaner nicht, die sich noch darüber beschwerten, man habe den amerikanischen Sozialisten in den letzten Wochen 3 Tage lang die Redefreiheit mit der Heimat unmöglich gemacht. Jedenfalls ist der Artikel ein Beweis dafür, wie verworren die Lage in Paris jetzt ist, wie wenig einzig die Idee im Blercrat sind, und welche Hindernisse noch überwunden werden müssen, ehe sie den Raubzug nach dem Herzen der amerikanischen und europäischen Imperialisten vollendet haben. Das Blatt scheint rücksichtslos den Standpunkt der amerikanischen Imperialisten zu vertreten, die europäischen Weltanschaulichen Amerika in die Hände spielen zu wollen. Alles dies macht die Stellung Deutschlands auf der Friedenskonferenz noch schwieriger als sie an und für sich schon ist.

## Tagebuenigkeiten.

**Französische Schiedungen im Saarbecken.**  
Paris, 28. Mai. Wenn Clemenceau in seiner Antwort auf die deutsche Saarnote verspricht, noch einmal die Bevölkerung des Saargebietes als eine zusammengelegte hinzustellen, um hierdurch eine Volksabstimmung

zu rechtfertigen, so kann demgegenüber nicht oft und scharf genug betont werden, daß es sich bei der Saarbevölkerung keineswegs um eine zusammengelegte Bevölkerung handelt. Von keinen fremden Elementen untermischt, ist diese Bevölkerung rein deutsch. Eine Volksabstimmung über ihre Zugehörigkeit müßte deshalb von jedem ehrlichen Menschen als die größte Unmoral gebrandmarkt werden. Daß die französische Regierung doch letzten Endes vor einem solchen Verbrechen zurückschreckt, beweist die Forderung, eine Abstimmung erst in 15 Jahren vornehmen zu wollen. In diesen 15 Jahren hofft die französische Regierung nämlich das zu erreichen, was heute noch nicht ist, d. h. die Saarbevölkerung zu einer zusammengelegten zu machen. Zu diesem Zweck sucht sie schon jetzt durch Ausweisungen von Arbeitern und Beamten die Bevölkerung zu verringern und an Stelle der Ausgewiesenen, französische Familien anzusiedeln. Ausdrücklich behält sich Frankreich auch vor, während dieser Zeit im Saargebiet fremde Arbeiterelemente zu beschäftigen.

## Die Franzosen schleifen die Festung Mainz.

Mainz, 27. Mai. Die Franzosen haben mit der Niederlegung der Besatzungen von Mainz, die 1914 neu ausgebaut wurden, begonnen.

## Pariser Geschehnissen.

Verailles, 26. Mai, abends. Was geschieht, wenn wir nicht unterzeichnen? Die „Daily Mail“ weiß es, und die Pariser Presse malt es sich aus in den schillerndsten Farben. Die beiden Generale Robertson und Ligele sind in Köln zusammengetroffen und haben den Plan des „Bombardements der deutschen Städte“ festgelegt. Von dem Fliegerkorps sind die bekanntesten Bombenwerfer zu dieser Besprechung eingeladen worden. Berlin wird Log und Nachz ununterbrochen bombardiert werden, und dann wird die Bevölkerung schon bald eine Regierung finden, die unterzeichnet. Das „Echo de Paris“ weiß noch viel interessanteres Sachen zu erzählen. Derweil: Scheidemann die Unterzeichnung, dann wird die Entente am folgenden Tage ihre Truppen vorrücken lassen und zugleich mit den Regierungen Bayerns, Hannover, Württembergs usw. in Verhandlungen treten, deren Ausgang ungewarnt. Folgen zeitigen dürfte. Das selbe Blatt betont nochmals, daß gerade Wilson den energischsten Ton in Clemenceaus Note hineinsteckte. Lloyd George habe verschiedene Male höflicher und weniger schroffe Ausdrücke vorgeschlagen, aber Wilson habe immer das Wort abgelehnt. Die „Chicago Tribune“ meldet den Rücktritt von neun weiteren Mitgliedern der amerikanischen Delegation. So wird Wilson bald das einzige Mitglied der Delegation sein. Die französischen Blätter verbergen ihre Bestürzung über diese Geschehnisse der Dinge nicht und sehen daraus Folgerungen, die vielleicht das Rechte treffen.

## Vorandachtliche Atempause.

Verailles 26. Mai. Nachdem die große Denkschrift, die den a. und o. Regierungen überreicht werden soll, fertig gestellt ist, wird nunmehr ein großer Teil der deutschen Delegation Versailles verlassen. In den nächsten Tagen werden die beiden Reichsminister Landsberg und Giesberts, sowie fast sämtliche Sachverständige und der größte Teil des Kanzlerpersonals nach der Heimat zurückkehren. Wie bekannt, hat die Ententepresse erklärt, daß der Blercrat etwa 8—10 Tage brauchen werde, um auf die Denkschrift zu antworten. Es wird also eine Zeitpause eintreten, in der keine Noten ausgetauscht werden und auch keinerlei verbindende Beschlüsse gefaßt werden können, vorausgesetzt natürlich, daß keinerlei Überraschung eintritt, was ja möglich erfolgen könnte.

## Ein Engländer über Oberschlesien.

Amsterdam, 25. Mai. Der Berliner Korrespondent des sozialistischen „Daily Herald“ welcher seinem Blatte er habe auf einer Reise durch Oberschlesien vollständige Einsicht zwischen den polnischen und deutschen Arbeitern und den Reichssozialisten u. d. Unabhängigen vorgefunden. Sie protestierten alle dagegen, von einem Staats, in dem ihre Zukunft gesichert sei, an einen Staat übertragen zu werden, in dem die Lebensverhältnisse rückständig und unsicher seien. Der Korrespondent meldet ferner, daß der Gehl des Widerstandes gegen die Friedensbedingungen der Verbandsmächte von Tag zu Tag wachse. Selbst wenn die Berliner Regierung den Frieden unterzeichne, was sehr zu bezweifeln sei, so werde Schlesien sich niemals fügen.

### Pressestimmen.

Berlin. Deutschlands Anspruch auf einen Wilsonfrieden wird, wie die Berliner Volkszeitung schreibt, in dem allgemeinen Teil der deutschen Friedensvorschläge mit schlagenden Gründen dargelegt. Es sind Hammer-schläge an das Gewissen der Verantwortlichen, aber auch der Völker. Der Inhalt der Gegenvorschläge zeigt zugleich den ehrlichen Willen Deutschlands, im Interesse der Menschheit Opfer über Opfer zu bringen und wirklich einen hastigenden Abtrittfrieden auf sich zu nehmen.

In der „Germania“ wird gesagt: Mit der Ueberreichung der deutschen Gegenvorschläge beginnt ein neuer Abschnitt in den Friedensverhandlungen; die Eröffnung des diplomatischen Entscheidungskampfes. Deutschland will ehlich einen Frieden und danach ist auch der ganze Entwurf gehalten. Will die Entente dem deutschen Volk ihre maßlosen Bedingungen aufzwingen, so hat sie allerdings die Macht dazu, aber nicht in der Welt kann die Verwirklichung unerfüllbarer Bedingungen durchsetzen. Die Entente würde mit einem solchen Gewaltfrieden ihren eigenen Interessen entgegenhandeln, sie würde auch dem dem deutschen Volke gegebenen Versprechen unteren. Wir haben unser Geschick selbst in die Hand genommen und dürfen erwarten, daß die Ententeentsatmmänner die gegebene Zusicherung einhalten. Wenn Schiller meint, was man von der Minne ausgeschlagen, gebe keine Ewigkeit zurück, so gilt der Meiste Sinn dieser Worte auch für die Situation unserer Gegner, die unsere Gegenvorschläge geschaffen haben.

Der „Vorwärts“ führt aus, daß jedermann in Deutschland den Text des deutschen Friedensvorschlags nur mit schwerem Herzen lesen werde. Regiere in Paris ruhige Besinnung, so würde es mit beiden Händen nach diesem Vorschlag greifen. Aber in Paris regierte die Leidenschaft und die politisch-taktische Ermüdung. Derum werde man dort den ungeheuren Vorteil, den der deutsche Vorschlag bietet, einem glänzenden Schimmerfolg vorziehen und wahrscheinlich auf der Unterzeichnung des Ententeentwurfs ohne wesentliche Änderungen bestehen. In diesem Fall würden wir in kürzester Frist vor einer neuen europäischen Krise stehen und bei deren Eisedigung werde uns der deutsche Friedensvorschlag durch die Weisheit seines Entgegenkommens gute Dienste leisten, denn dann würden die Völker drüben einsehen müssen, daß man sie aus Gründen des Prestiges, der Eitelkeit und der unerfülllichen imperialistischen Nachsucht zwingt, für einen schlechten Frieden unter den Waffen zu bleiben, während man einen guten Frieden hätte haben können.

Die „Deutsche Tageszeitung“ will nicht erkennen, daß aus den finanziellen und wirtschaftlichen Gegenvorschlägen sich die Möglichkeit ergebe, wenigstens die Souveränität Deutschlands notwendig zu retten. Aber was heißt diese Souveränität, wenn sie über einen wirtschaftlichen und damit auch politischen Zusammenbruch ausgeht? Es würde mit Gewandlung empfunden werden, wenn eine einigermaßen Beschäftigung mit den Einzelheiten der deutschen Vorschläge eine Abmilderung der ersten schmerzlichen Eindrücke herbeiführen sollte. Leider sehe man nach der grundsätzlichen Seite dafür wenig Wahrscheinlichkeit.

Die „Tägliche Rundschau“ sagt: Bei den Bedingungen der Entente besteht die absolute Unausführbarkeit. In den Gegenvorschlägen der Regierung spricht die Freiwilligkeit zur Uebernahme von Lasten, die das deutsche Volk ebensomöglich zu tragen vermag, wie das in seiner gehäuftesten Unfähigkeit sich selbst auhebende Verzichtsmerkmal der Entente.

Die „Kreuzzeitung“ will nach den bisherigen Erfahrungen nicht glauben, daß Groß v. Brodowski-Kanhan mit seinen Gegenvorschlägen durchdringen wird. Die Gegner würden ihren Frieden vollständig durchzusetzen sich bemühen.

### Von der französischen Presse.

Berlin, 27. Mai. Es ist bezeichnend, daß die französische Regierung die letzte Note Brodowskis über die Schuldfrage im Wortlaut nicht veröffentlicht hat, daß dagegen die französische Zensur heute eine tendenziöse Wiedergabe dieser Note durch alle großen Morgenzeitungen gestattete. Die in diesen Blättern veröffentlichte Fassung der Note, die angeblich aus Basel telegraphisch übermittelt sein soll, schließt mit den Erklärungen Brodowskis, daß das deutsche Volk in Uebereinstimmung mit der Lansingnote vom 5. Nov. 1918 und der Wilsonschen vom 8. Jan. 1919 bereit sei, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts im Westen und Osten auf Gebiete zu verzichten und für Schäden in Belgien und Nordfrankreich Ersatz zu leisten, weil diese Gebiete namentlich durch die Neutralitätsverletzung Belgiens deutscherseits unter dem Krieg zu leiden hatten. Der weitere Inhalt der Note Brodowskis, in der viel weitergehende Forderungen der Entente als ungerichtlich abgelehnt werden, wird von den franz. Blättern nicht wiedergegeben. Durch diese Tendenzabweisung soll offensichtlich gerade jetzt wieder der Glaube daran, daß Deutschland allein verantwortlich sei und daß dieses auch seine Schuld gebe, in der französischen Öffentlichkeit gesät werden, damit diese Öffentlichkeit auf den Bedingungen, welche die französische Regierung durchzusetzen wünscht, besteht. Die Blätter erinnern daran, daß gerade heute vor einem Jahr die große deutsche Offensive an der Aisne begann. Auch dieser Umstand wird sofort zur Hege benutzt. „Echo de Paris“ erklärt, damals habe der Kaiser mit seinen Trabanten niemals von den Punkten Wilsons oder von Nachsicht gesprochen. Wie könne Frankreich heute es auf sich nehmen, in irgend einem Punkte seiner Friedensbedingungen nachzugeben? Niemals!

Frankreich müsse sich eranen, welche Greuel der Krieg angerichtet habe und wie Deutschlands Führer im Sieg gesprochen hätten.

### Zur Ueberreichung der deutschen Gegenvorschläge.

Berlin, 27. Mai. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Ueber die Ueberreichung der deutschen Gegenvorschläge erfahren wir: Die Vorschläge sind von einer Kantnote, die eine Zusammenfassung der Inhalte enthält, begleitet sein und wird, wie alle anderen Noten, durch Legationsrat Lehner übergeben. Eine besondere Feierlichkeit findet nicht statt. Die Ueberreichung wird heute oder morgen stattfinden. Die von der Entente gestellte Frist wird jedenfalls eingehalten. Nach Ueberreichung der Gegenvorschläge an die Entente werden die Minister Diesbiers und Landberg, fast alle Sachverständigen und ein großer Teil des Botschaftspersonals von Versailles nach Deutschland zurückkehren, um jedenfalls solange in Berlin zu bleiben, bis die Entente die Prüfung der deutschen Gegenvorschläge beendet hat. Die Rückkehr der beiden Reichsminister liegt begründet in der Notwendigkeit von Beratungen mit den zahlreichen in Berlin verbliebenen Sachverständigen der Friedenskommission. Die Zurückhaltung eines großen Teils der Sachverständigen hat den gleichen Zweck.

### Aus dem Rheinland.

Rhin, 27. Mai. Infolge der in den letzten Tagen mit größerer Bestimmtheit aufgetretenen Zeltdurchdringungen über die Gründung eines Sonderstaates Rheinland verbreitete sich um die Mittagsstunde das Gerücht, daß die Auslösung durch eine Gruppe von Politikern in Koblenz am heutigen Tage vollzogen werden solle. Infolgedessen hat die organisierte Arbeiterschaft Köln sofort, ohne daß von der sozialdemokratischen Parteileitung oder den Gewerkschaften eine Initiative hierzu ausgegangen wäre, die Arbeit eingestellt und die Fabriken verlassen, um durch eine öffentliche Kundgebung ihren letzten Willen darzulegen, gegen jede Abtrennung der Rheinlande von Deutschland Front zu machen. Schon unzählige bewegten sich durch die Stadt, in denen 10000 Arbeiter und Angestellte sämtlicher Kölner Betriebe teilnahmen. Die Kundgebung verlief vollkommen ruhig und in Ordnung. An vielen Punkten der Stadt wurden von einzelnen Rednern spontane Ansprachen gehalten. Der Straßenbahnverkehr ruhte für einige Stunden. In die Arbeiter wurde die Aufforderung gerichtet, morgen Mittag die Arbeit wieder aufzunehmen. — Von heftiger örtlicher Seite wird erklärt, daß die Auslösung bis zur Stunde nicht Wirklichkeit sei und daß einem solchen Schritt auch mit allen Rechtsmitteln entgegengetreten werden würde. — Wie verlautet, kommt der heutige einmütige Generalstreik der Arbeiter einer von den Gewerkschaften und Parteien geplanten Kundgebung zuvor. Eine Entschärfung der christlichen Gewerkschaften mahnt zur Ruhe und Besonnenheit mit dem Hinweis, daß über das Schicksal der Rheinlande weder durch den Vorschlag einiger Leute, noch durch einen politischen Abwehrstreik entschieden würde. Die Verantwortung dafür liegt in erster Linie bei den gemählten Vertretern des Volkes, die im Einvernehmen mit der deutschen Friedensdelegation handeln müssen.

### Reichswehrminister Noske in Hamburg.

Hamburg, 28. Mai. Nach Reichungen eines Berichters weilt Reichswehrminister Noske gestern in Hamburg zu Verhandlungen über die Uebernahme der 12000 Mann starken Volkswehr in die Reichswehr und auf den Reichsgebiet. Vorher besichtigte er unter Führung des Kommandanten von Groß-Hamburg die im Hafen liegenden Lebensmittelräucher, um zu sehen, in welcher Weise die Lebensmittelzufuhr gehandhabt werde. Während der Verhandlungen im Rathaus hatten sich Kriegsbefehlshaber und Lazarettinsassen zu einer Demonstration zusammengefunden. Sie drangen in das Rathaus ein, da die anwesende Schutzwehr von 70 Mann nicht gegen die Kriegsbefehlshabern vorgehen wollte, und verlangten mit Noske zu verhandeln, der von ihnen, als er Rücksprache mit ihnen nehmen wollte, beschimpft wurde. Die Eindringlinge, etwa 100 an der Zahl, raubten in der Garbtorbe Kleidung, Schuhe und Waffen. Später gelang es dem Minister Noske, der vom Balkon des Rathauses zu der Menge sprach, sie zu beruhigen und die vernünftige Mehrheit der Demonstranten zum Abzuge zu bewegen. Er versprach den Kriegsbefehlshabern und Lazarettinsassen Berücksichtigung ihrer Forderungen. Infolge dieser Sitten konnten die die Volkswehr betreffenden Verhandlungen nicht weitergeführt werden. Reichswehrminister Noske hat gestern Abend Hamburg wieder verlassen.

### Aus Stadt und Bezirk.

Kogold, 30. Mai 1919

Die ordentlichen Schwurgerichtsstörungen für das 3. Vierteljahr sind gemäß Verfügung zu eröffnen in Stuttgart am Montag den 16. Juni vorm. 9 Uhr, in Ulm am Montag den 30. Juni vorm. 10 1/2 Uhr. Zu Vorsitzenden sind ernannt worden: bei dem Landgericht Stuttgart der Landgerichtsdirektor Böger, bei dem Landgericht Ulm der Landgerichtsdirektor Kapf.

Da am nächsten Sonntag die Wahl zur Landeskircherversammlung stattfindet, seien die Wähler noch auf folgendes aufmerksam gemacht: Auf dem Stimmzettel sollen zwei Namen stehen, der des weilschen und der des geistlichen Abgeordneten, die Namen können gedruckt sein oder gedruckt sein. Jeder Wähler kann einen oder beide Namen ausstreichen und einen oder zwei andere nach

seinem Guldanken darauf schreiben, anders als bei den Wahlen zur Landes- oder Nationalversammlung. Stimmzettel mit einem Namen sind gültig, dagegen ungültig die, die keinen oder keinen letzten Namen enthalten, die mit einem zur Kenntlichmachung des Wählers bestimmten Kennzeichen versehen, oder die ganz durchstrichen sind. Die Wählzeit einhalten! Fleißig wählen!

### Öffentliche Versammlung.

Am Mittwochabend fand eine gutbesuchte Versammlung im Traubensaal statt, bei der die Kandidaten für die Landeskircherversammlung Stadtpfarrer Böller und Brokurst Schumacher ihr Wahlprogramm entwickelten. Der Leiter der Versammlung legte in seiner Eröffnungssprache die Gründe dar, die zur Aufstellung dieser Kandidaturen geführt haben. Sie sind wesentlich darin zu suchen, daß die kirchlich freier gestellten Kreise damit darzutun wollten, daß auch sie die Bedeutung der kirchlichen Fragen nicht unterschätzen und bereit sind, an ihrer Lösung gewissenhaft mitzuarbeiten. Die von stütlichem Ernst getragenen Ausführungen der beiden Redner zeigten klar und deutlich wie sehr ihnen das Wohl unserer Kirche am Herzen liegt. Stadtpfarrer Böller sagte als Hauptgedanke in wohlgedachten, bergenswarmen Worten etwa folgende Hauptgedanken aus: Unsere Kirche muß ihre Aufgabe darin erblicken, daß sie alle Volksglieder in ohne Rücksicht auf ihre soziale Stellung und politische Zugehörigkeit um sich zieht als gleichwertige und gleichberechtigte Kirchenglieder unter Ausschaltung aller Trennenden. Dadurch würde die Kirche im wahren Sinn Volkskirche und sie würde auf diese Weise viele Talente für die Mitarbeit in ihren vielseitigen Aufgaben gewinnen können. Die Landeskircherversammlung wird sich zunächst mit kirchlichen Organisationsfragen befassen zu haben. Dabei muß darauf Bedacht genommen werden, daß der Einzelgemeinde kirchlich größere Bewegungsfreiheit und Selbständigkeit zugesichert wird. Die Fragen der religiösen Erziehung der Jugend müssen auch in Zukunft ihre volle Bedeutung behalten, aber unter Ablehnung jeden Zwangsmaßstabes für alle Beteiligten. Hinsichtlich des Bekenntnisses muß die Kirche eine Form gefunden werden, die eine dogmatisch-geistlich-rechtliche Bindung bewirkt und dafür eine innere auf dem Grund des Evangeliums stehende Gewissensbindung fordert. Der Kandidat Brokurst Schumacher bewegte sich in seinen Ausführungen im wesentlichen auf demselben Boden. Besonderen Nachdruck legte er auf die Forderung, daß es Pflicht der Kirche sei, alle Mittel anzuwenden, um auch die Kirche die sich sehr kirchlichen Fragen gleichgültig oder ablehnend gegenüber gestellt haben, wieder für die Kirche und die Arbeit in ihr zu gewinnen. Nach seiner Ansicht sei jetzt der günstige Augenblick hierfür gekommen. In der Weiterentwicklung der Evangelisation erblickt er eine wichtige Aufgabe der Volkskirche. Angenehm berührte es, daß der Redner für die Schaffung eines guten und verträglichen Verhältnisses aller kirchlichen Kräfte (einschl. der andern christlichen Konfessionen) zueinander eintrat. Auch die Ausführungen Schumachers waren reichlich getragen von innerer warmer Begierde für die evang. Sache. An diese Darlegungen schloß sich eine lebhafte Besprechung an, die sich erstreckte wertvolle allerseits in würdigen Formen und in rein sachlicher Weise abwickelte und bei der auch die Gegenseite von der Redefreiheit reichlichen Gebrauch machte. Hierbei zeigte sich, daß in den allermeisten Parteien keine grundsätzlichen Gegensätze vorhanden sind, ausgenommen die Bekenntnisfrage. Der Vorsitzende konnte daher in seinem Schlusswort der Versammlung die Kandidatur Böller-Schumacher warm empfehlen.

**Jubiläum.** Auf Anordnung der kirchlichen Behörde wird am Sonntag den 1. Juni in allen katholischen Kirchen des Landes das 1200-jährige Bonifatiusjubiläum feierlich gefeiert. Bonifatius gilt bekanntlich als Apostel der Deutschen.

**Engländer, 26. Mai.** Bei der Gemeinderatswahl wurden gewählt auf 6 Jahre: Wilhelm Kessler jun. 48, Wagner Günther 45, Hippert, Paul 38, Walter Bader 37 Stimmen; auf 3 Jahre: Herr. Heinz Polibote, Herr. Braun jun. 27, Friedrich Girbach, Odenholzhauer 28, Neumüller, Straßmann 28 Stimmen. Von 172 Wahlberechtigten haben 59 abgestimmt.

### Aus dem übrigen Württemberg.

**Teinach, 26. Mai.** Weil sich die Undurchführbarkeit eines Winterbetriebes ergab und eine Ueberführung des Bades in die württembergische Gemeinwirtschaft wegen der aufzubringenden großen Kapitalien nicht zu empfehlen war, weil ferner die Unterbringung erholungsbedürftiger Kriegsbeschädigter selbst im Sommer höchstens eine partielle Uebernahme in Frage kommt, hat der 3. Unterausschuß der würt. Sozialisationskommission auf Grund von Gutachten und Beschreibungen von einer Sozialisierung des hiesigen Bades abgesehen.

### Eingefandt.

### Ein Wort zur Lehrerschaft der Pfarren.

Der augenblickliche Stand ist der, daß wir Pfarren darauf verpflichtet werden, als Quelle und Richtschnur unserer Verkündigung die heilige Schrift anzuerkennen und zwar nach dem in der Reformation wieder ans Licht getretenen Verständnis des Evangeliums, wie das besonders in dem Augsburger Glaubensbekenntnis bezeugt ist. Es werden nun manche Ober des Bortrags von Herrn Vikar Römer erlaubt und beifällig gewesen sein, daß ein neues Gesetz nötig sein soll, um die Konzepte vor Mißbrauch durch angrißlulige moderne Theologen zu schützen. Sieht's wirklich so bedrohlich? Wartet ein ganzes Heer moderner





# Dresdner Bank

Aktienkapital und Reserven  
M 340 Millionen  
Stuttgart Cannstatt  
Heilbronn Ulm

Schönbrunn-Meuden.

## Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns hiermit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

**Samsstag den 3. Mai 1919**

im Gasthaus s. „Löwen“ in Schönbrunn stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

**Wilhelm Auer**

Sohn des  
† Joh. Georg Auer  
Schuhmacher  
in Schönbrunn.

**Barbara Großmann**

Tochter des  
† Joh. Georg Großmann  
Gemeindepfleger  
in Meuden.

Kirchgang 11 Uhr.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

Nagold.

# Damen-Kostüme

in guter Qualität (Friedensware) bei

**Christian Schwarz,**

Bahnhofstraße.

Wittberg, den 28. Mai 1919



## Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem plötzlichen Hinscheiden unseres lieben, treu- besorgten Vaters und Vaters

**Johannes Binder,**

Wir die tröstlich n Worte des Herrn Stadtpfarrers, für den ergebenden Erlang des Schälerchens, besonders auch für die ehrenvolle Begleitung seitens des Krieges- und Veteranenvereins und für die Kranzspenden, dankt herzlich

die liebtverehnde Gattin

**Pauline Binder, Krankenschwester**  
mit ihrer Tochter Maria.

Nagold.

## Schreinerlehrling- Gesuch.

Einen ordentlichen Jungen  
sucht sofort

**Fr. Buz, Möbelsch.**

Reinliches

## Mädchen,

18-20jährig, für Küche und  
Haushalt wird gesucht.

Zu erfahren bei der  
Geschäftsstelle des Blattes.

Suche

Sie sofort oder 15 Juni ein

**Dienstmädchen**  
für Küche und Haushalt.

**Frau Benzinger**  
Monopol Hotel  
Bad Liebenzell.

Kaffee  
u. Chin. Tee

ist noch nicht zu haben,  
bedauerlich und gut ist  
nicht

**Deutscher Tee,**

**Alpenblüten-Tee,**

**Pindendüften- u.**

**Kornel-Tee,**

offen u. in Paket, im

Verkaufszweig Schwarzwall

Frankfurt.

Niederlage bei

**Geschw. Frey, Nagold.**

**Arbeiteranzüge**  
und

**Kinder-Anzüge**  
auch selbstgegründet

**Chr. Raaf, Nagold.**

# Für die Wahl zur Landeskirchenversammlung.

Die Wahlen zum Gemeinderat sind mit dem Ende des Monats vorbei. Wer den Wählern allmählich ein wenig milde ist, mag froh sein, daß sie vorbei sind. Aber an eine Wahl wird doch noch denken, wer sich als Glied unserer evangelischen Landeskirche fühlt und wenn ihre Zukunft am Herzen liegt. Das ist die Wahl zur Landeskirchenversammlung am 1. Juni.

Die Landeskirchenversammlung hat über so wichtige Fragen unserer evangelischen Kirche zu beraten und zu entscheiden, daß es keinem evangelischen Christen gleichgültig sein kann, wie die Entscheidung ausfällt. Werden wir — um nur einige grundsätzliche Fragen zu nennen — eine einheitliche, die ganze große Masse der evangelischen Volksgenossen in sich schließende Kirche behalten? oder müssen wir uns je nach den verschiedenen Standpunkten und Richtungen in verschiedene freie Kirchengemeinschaften trennen, von denen jede eben nur Leute ihresgleichen umschließt und die ganze übrige Masse der evangelischen Volksgenossen mit samt ihrem Nachwuchs sich selber überläßt? Auf welcher Grundlage können wirklich alle evangelischen Volksgenossen zu einer Landes- und Volkskirche zusammengeschlossen werden, so daß jeder sich in ihr kann wohl fühlen und mitarbeiten, daß keiner sich in ihr muß in seinem Gewissen beengt und in der Freiheit seiner Überzeugung beeinträchtigt fühlen und das kostbare Erbe der Väter erhalten bleibt, die seine Predigt des Evangeliums und die schriftgemäße Verwaltung der Sakramente? Das sind Fragen von grundsätzlicher Bedeutung. Nicht weniger bedeutsam aber sind auch praktische Fragen wie die nach der Besetzung der Pfarren: Sollen die Gemeinden selber ihren Pfarrer wählen? oder soll er von einer kirchlichen Behörde bestellt werden? oder sollen beide, Behörde und Einzelgemeinde bei dieser wichtigen Frage zusammenwirken? In wessen Hand soll künftig die oberste Gewalt in unserer Kirche ruhen? Auf welche Weise wird die Kirche die Mittel zur Befriedigung ihrer kirchlichen Bedürfnisse ausfinden? u. dergl. Das sind alles Fragen von so weittragender und tiefgreifender Bedeutung, daß jedes Mitglied unserer Kirche ein unmittelbares Interesse daran hat, daß zur Beratung und Entscheidung dieser Fragen die rechten Vertreter unseres Kirchenvolkes in die Landeskirchenversammlung kommen.

Schon bisher wurde von den Abgeordneten der Landessynode verlangt, daß sie bei ihrem Wirken in der Synode gehorchem dem göttlichen Wort, in Treue gegen das Bekenntnis der Evangelischen Kirche, die Ehre Gottes und das Heil der Seelen unverletzt im Auge behalten und nach bestem Wissen und Gewissen das Wohl der evangelischen Landeskirche beraten werden. Auch bei der Wahl zur Landeskirchenversammlung sollen nach den Bestimmungen der Wahlordnung nur solche Personen ins Auge gefaßt werden, welche dieses Gelübde abzugeben vermögen. Dessen, daß sie dieses Gelübde abzugeben vermögen, dürfen wir nun zwar gewiß bei allen den Männern versichert sein, die bis jetzt von irgend einer Seite zur Wahl in die Landeskirchenversammlung vorgeschlagen worden sind. Besonders leicht gemacht ist uns aber, wenn wir diesen Maßstab ansetzen, die Wahl der beiden Männer, die schon am 28. März von einer Versammlung der Kirchengemeinde des Bezirks als die gegebenen Vertrauensmänner der Gemeinden vorgeschlagen wurden, des

**Herrn Verwalter Bauer von Bad Röttenbach und des Herrn Prälaten D. v. Römer aus Stuttgart.**

Prälat Römer gehört zweifellos zu den bedeutendsten Männern, die wir heute in unserer württembergischen Kirche haben. Seine Stimme verdiente Beachtung, auch wenn er nicht als Prälat und Stiftsprediger in Stuttgart an so hervorragender Stelle stünde. Ihn als unseren geistlichen Abgeordneten in die Landeskirchenversammlung zu entsenden, stünde unserem Bezirk sehr wohl an. Er ist ja auch selbst, ja den meisten Gemeindegliedern wohl bekannt und vertraut, nicht bloß von seiner früheren Wirkstätte in Nagold her, sondern auch vom Stuttgarter Sonntagsblatt her als Verfasser mancher kräftigen biblischen Betrachtung darin. Seine klare, folgerichtige und einheitliche Stellungnahme in allen wichtigen Fragen der Theologie und der Kirche kennt jeder, der das von ihm herausgegebene „Evangelische Kirchenblatt“ schon gelesen hat. Sie muß auch dem, der in theologischen und kirchlichen Fragen nicht seinen Standpunkt stellt, hohe Achtung einflößen. Mit besonderem Ernst bemüht er sich seit Jahren schon und in der letzten Zeit besonders darum, das Recht und die Notwendigkeit der Erhaltung des kirchlichen Bekenntnisses, wie es im Katechismus seinen vollständigsten Ausdruck gefunden hat, gegenüber aller Abschwächung und Umänderung festzustellen, und doch die Grundlage der kirchlichen Gemeinschaft so frei und weit als möglich zu erhalten, damit auch die Bekenntniskirche eine Kirche fürs ganze Volk sein und bleiben kann. Schon um dieser seiner ersten Bemühungen willen gehört unseres Erachtens Prälat Römer zu denen, die auch in der künftigen Landeskirchenversammlung zum Wort kommen sollten. Wir zweifeln nicht, daß der Ernst und die Gewissenhaftigkeit, mit der er in der Landeskirchenversammlung für die Erhaltung des schriftgemäßen Bekenntnisses in der Kirche und zugleich für die Erhaltung der Kirche als Volkskirche eintreten wird, ihn den meisten Gliedern unserer evang. Gemeinden als den Mann ihres Vertrauens empfehlen wird.

Wird die künftige Landeskirchenversammlung über so wichtige Fragen zu entscheiden hat, und seit dem Wegfall des landesherrlichen Kirchenregiments und der Trennung von Staatlicher und kirchlicher Verwaltung das Kirchenvolk selbst ganz anders als bisher um Ordnung und Verfassung seiner Kirche sich kümmern muß, wurde bei Festlegung der Wahlordnung bestimmt, daß in der Landeskirchenversammlung nicht mehr die Hälfte der Abgeordneten Pfarrer sein sollen, wie in der Landessynode, sondern nur noch  $\frac{1}{2}$  Pfarrer und  $\frac{1}{2}$  Nichtpfarrer. Aus demselben Grund hat die oben erwähnte Versammlung von Kirchengemeindegliedern des Bezirks Wert darauf gelegt, daß ein Mann aus dem Volk, kein Pfarrer oder theologischer Lehrer als weltlicher Abgeordneter vorgeschlagen werde und deshalb den Herrn **Verwalter Bauer** von Bad Röttenbach vorgeschlagen. Den Ausschlag gab heilich nicht bloß die Rücksicht darauf, daß er in der Tat ein Mann aus dem Volk ist, sondern seine kirchliche Stellung und Haltung, die jedem, der ihn kennt, bekannt ist. Er ist zwar nicht wie Herr Prälat v. Römer ein Mann des Wortes und der Feder. Er tritt nicht, wie jener mit seinem Evangelischen Kirchenblatt, in aller Öffentlichkeit für seine Auffassung des kirchlichen Bekenntnisses ein. Aber er ist ein Mann der Tat, der da, wo er steht, mit Wärme, Eifer und Entschiedenheit für seine Überzeugung eintritt, sei nun in seinem Haus oder bei der Mitarbeit im Junglingsverein, der Gemeinschaft oder dem Kirchengemeinderat. Seinem Lebens- und Bildungsgang nach wie nach seiner Stellung gehört er zu den Berufstätigen der inneren Mission. Er steht im Verband und Bruderrat der Brudervereinigung Röttenbach und ist dort als Diakon ausgebildet worden. Er vertritt also in seiner Person nicht bloß eine bestimmte kirchliche Richtung, sondern den ganzen großen Zweig der Glaubens- und Liebeswerke unserer evangelischen Kirche.

Daß unsere evangelische Kirche eine lebendige Kirche ist, das zeigt sich ja nicht bloß in der herkömmlichen Wortverkündigung in den Kirchen, in der Predigt und ihrer Aufnahme durch die Kirchengemeinden, sondern vor allem in dem Wirken des Glaubens und der Liebe, die von ihr ausgehen und mit denen die Kirche dem Volksganzen dient. Indem sie sich um die Notleidenden, sei es leiblich oder geistlich oder stüchlich geistlichen Glieder des Volkes kümmert. Soll die Kirche wirklich Volkskirche bleiben, sollen durch den Dienst der Kirche die Lebenskräfte des Evangeliums nicht mehr als bisher in unserem Volk wirksam werden, dann muß auch das Glaubens- und Liebeswerk der Inneren Mission noch ganz anders als bisher von der ganzen Kirche getragen werden und diesen es die Kirchengemeinden eben von denen, die jetzt schon als Berufstätiger der Inneren Mission, als Diakone oder Diakonisse mit der Tat der Gemeinde und die jetzt schon als Mitarbeiter der Kirche dienen, lernen, daß solches Mitglied der evangelischen Kirche sein nichts anderes heißen kann als mitarbeiten nicht bloß mitreden, mit dienen nicht bloß mitkritisieren. Auch in die kirchliche Landesversammlung gehören Vertreter der Inneren Mission. Es ist erstens, daß unser Bezirk in Herrn Verwalter Bauer einen solchen Vertreter in die Landeskirchenversammlung entsenden kann, der sich hierfür nicht bloß durch seine rege Teilnahme an kirchlichen Leben empfiehlt, die ihm schon länger die Vertrauensstellung eines Kirchengemeindeglieds eingetragen hat, sondern auch durch diese seine Eigenschaft als Diakon, als Berufstätiger der Inneren Mission. Es ist kein Zweifel, beide Herren, Herr Verwalter Bauer und Herr Prälat von Römer werden unseren Bezirk würdig vertreten. Sie erscheinen in mehr als einer Hinsicht als die geeignetsten und vertrauenswürdigsten Männer, die wir in die Landeskirchenversammlung entsenden können.

# Wählet Verwalter Bauer u. Prälat v. Römer!

Zimmersfeld.

Schmidt.

Nagold.

## Schirme

für Herren und Damen;

## Spazierstöcke

sind wieder eingetroffen bei

**Hermann Knodel.**



## Bettstellen

eichen rohe in einfachster Art besteht in größeren monatlichen Lieferungen Möbelgeschäft.

**Fournier und Leim** wird evtl. geliefert.

Preisliste 250—275 Mk.

Angebote mit Angabe wieviel monatlich geliefert werden unter **K. F. 243** an die Geschäftsstelle des Gesellschafters.

